

→ Seite 2
OB-Kandidat Wigbert Schwenke im Interview
→ Seite 5
Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement
→ Seite 6
Frauen-Union organisiert Gabentisch
→ Seite 7
Für den Notfall vorsorgen ...
→ Seite 9
Beratung zum Grundsatzprogramm ...
→ Seite 11
Mittelstandsvereinigung mit neuem Vorsitz
→ Seite 13
Abwanderung muss gestoppt werden!

Grundsätze für Deutschland.


Gesamtmitgliederversammlung
am 26. November um 18:00 Uhr
 im Ramada-Hotel,
 Hansapark 2,
 39116 Magdeburg

Mit Leidenschaft und Visionen für Magdeburg



Der Familienmensch Wigbert Schwenke mit den Eltern Christa und Josef, mit Ehefrau Andrea und den beiden Söhnen Thomas und Martin im Hof des heimischen Anwesens im Stadtteil Ottersleben. Foto: Birgit Uebe

Es wird ein schwieriger Weg für Wigbert Schwenke werden, dessen ist er sich bewusst. Den amtierenden Oberbürgermeister bei der Wahl am 9. März zu schlagen, ist sicherlich die größte Herausforderung, der sich der 46jährige bislang gestellt hat. Nach 17 Jahren ehrenamtlicher Arbeit als Stadtrat und mehr als fünf Jahren im Landtag von Sachsen-Anhalt ist der Ottersleber, dennoch optimistisch und will seine Chancen wahrnehmen, lässt er wissen.

Bei OB Trümper vermisst er, wie viele andere Magdeburger, die Zukunftsvisionen, das nötige Herzblut und die Bürgernähe für diesen wichtigsten Posten, den die Stadt zu vergeben hat.

Schwenke will als OB ab dem nächsten Frühjahr vieles anders und besser machen. Vor allem ohne Scheu auf die Menschen zugehen und die Kompetenz der städtischen Mitarbeiter hundert-

prozentig nutzen, zum Wohle seiner geliebten Heimatstadt.

Überhaupt erlebt man Wigbert Schwenke als Mensch mit Emotionen, der sich mit Leidenschaft und ganzer Kraft der neuen Aufgabe stellen will und zugleich deutlich macht, dass er über so etwas wie Visionen für Magdeburg verfügt.

Er will die Beziehungen mit dem Umland auf eine neue Basis stellen, die Infrastruktur von Stadt und Region weiter ausbauen und damit letztlich die Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützen. Und er will bei dieser Aufbauarbeit die Menschen mitnehmen, auch diejenigen, die nur einen kleinen Beitrag dazu leisten können.

Wigbert Schwenke will mehr als verwalten. Er will gestalten und Magdeburg wieder anknüpfen lassen an historischer Größe und europäischer Bedeutung.

Niemand sollte den quirligen Ottersleber Bürgermeister, wie ihn

die Volksstimme schon einmal scherzhaft titulierte, unterschätzen. Hier tritt einer an, der kämpfen kann und wird und der sich auf den Rückhalt seiner bodenständigen Familie und des CDU-Kreisverbandes fest verlassen kann.

Schwenke ist Netzwerker. Wenn er die richtigen Impulse gibt, kann er die ihm nahestehenden und zugeneigten Menschen mitreißen und mobilisieren. Das ist seine große Stärke.

Die Latte liegt hoch, aber wer nicht wagt, der nicht gewinnt, sagt der Volksmund. Und das Volk muss es schließlich wissen und ihn mehrheitlich wählen, dann können Wigbert Schwenkes Visionen wahr werden.

Im Interview des Elbkurier auf den folgenden Seiten erläutert der CDU-Bewerber seine Beweggründe, Ziele und Erwartungen im Zusammenhang mit seiner OB-Kandidatur. *Wolfgang Köhler*

OB-Kandidat Wigbert Schwenke über seinen Weg in die Politik,

Elbkurier: Herr Schwenke, Sie sind seit fünf Jahren Landtagsabgeordneter und machen eine engagierte Wahlkreisarbeit. Was treibt Sie an, sich für den Posten des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt zu bewerben?

Schwenke: Seit der Wende 89/90 arbeite ich mit Leidenschaft für meine Stadt. Es wäre die Krönung meiner beruflichen Laufbahn, als OB die Geschicke der Stadt Magdeburg noch stärker zu bestimmen. Deshalb stehe ich als OB-Kandidat der CDU zur Verfügung.

Elbkurier: Fühlen Sie sich als Parteisoldat, der die Kandidatur aus Pflichtgefühl gegenüber seiner Partei erfüllt?

Schwenke: Ganz und gar nicht. Ich wurde von vielen Freunden angesprochen, ob ich für diese Aufgabe zur Verfügung stehe. Das hat mich schon nachdenklich gemacht. Meine Familie steht voll hinter mir. Und hinzu kommt, dass es für die Bürger zu DDR-Zeiten praktisch keine Chance gab, Politik mitzugestalten. Diese Chance gibt es jetzt und die möchte ich nutzen.

Elbkurier: Aber es gab doch auch in der DDR politisch engagierte Leute!?

Schwenke: Als Christ hatte ich mit den Idealen der DDR nicht viel am Hut. Deshalb habe ich mich vor der Wende nur in kirchlichen Kreisen engagiert und aus der Politik herausgehalten.

Elbkurier: Wie sind Sie damals zur Politik gekommen?

Schwenke: In dieser Umbruchphase sind wir natürlich alle irgendwie politisiert worden und wollten die DDR umkrempeln. Es ging plötzlich darum, nicht nur zu meckern, sondern sich auch in die Pflicht nehmen zu lassen. Ich bin in dieser Zeit Mitglied des Demokratischen Aufbruch (DA) geworden mit der Mitgliedsnummer 17 in Magdeburg. Ich sah im DA eine bürgerbewegte Gruppe, die meinen Ansichten am nächsten kam.

Elbkurier: Wie hat das repressive System der DDR Ihr Leben beeinflusst?

Schwenke: Ich wollte eigentlich Mathe- und Physiklehrer werden. Doch schon während des Studiums merkte ich, dass es eine Illusion ist



Wigbert Schwenke will vor allem auf die Menschen zugehen.

mit naturwissenschaftlichen Fächern um die ideologischen Themen herum kommen zu wollen. Ich wollte mich nicht verbiegen lassen, deshalb wechselte ich in die Datenverarbeitung, obwohl es nicht mein Traumjob war.

Elbkurier: Sind die dort um den Klassenstandpunkt herum gekommen?

Schwenke: Ich hatte in der Datenverarbeitung keine politischen Konflikte erwartet. Aber es gab wieder andere Schwierigkeiten und Benachteiligungen. Weil ich Westverwandtschaft hatte, durfte ich keine Verschlussachen bearbeiten und hätte sicherlich nur geringe Karrierechancen gehabt.

Elbkurier: Aber es kam ja alles ganz anders ...

Schwenke: Gott sei dank! In der Wendezeit bin ich Betriebsrat geworden und bald auch Betriebsratsvorsitzender. Mir waren immer die Menschen sehr wichtig. Bei allem Einsatz für die Zukunft des Betriebes habe ich immer auch die Interessen der Arbeitnehmer im Auge gehabt. Darin sehe ich auch heute die soziale Verantwortung einer Betriebsleitung.

Elbkurier: War das nicht in den Umbruchzeiten um 1990 besonders schwierig?

Schwenke: Natürlich! Gerade in Umbruchzeiten ist es wichtig, die Dinge mitzugestalten und eine Balance zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Betriebes und der Belegschaft zu finden. Da waren schwierige Entscheidungen zu treffen, Entlassungen notwendig, Sozialpläne aufzustellen und vieles mehr.

Elbkurier: Führte vom Betriebsrat ein direkter Weg zur CDU?

Schwenke: Nicht sofort, CDU-Mitglied wurde ich erst 1991. 1990 wurde ich Stadtrat und habe den intensiven Kontakt zu den Bürgern gesucht. Ich war auch Gründungsmitglied des Bürgervereins "Bürger für Ottersleben" (BfO). Es war eigentlich immer mein Ziel, die Menschen mitzunehmen ...

Elbkurier: ... Das dürfte bei Entlassungen schwierig sein?!

Schwenke: Ja, aber man muss die Menschen zunächst einmal anhören, ihnen zuhören, ihre Wünsche aufnehmen, mit ihnen diskutieren bevor man entscheidet. Ich habe keine Angst auf die Menschen zuzugehen und diesen Dialog zu führen.

Elbkurier: Unterscheidet Sie das vom amtierenden OB?

Schwenke: Ja! Man hat schon manchmal den Eindruck, dass OB Trümper erst gedrängt werden muss, z.B. Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen durchzuführen. Für mich hat ein OB nicht nur Verwaltungsentscheidungen umzusetzen, sondern er muss auch eine Sprache sprechen, die der Bürger versteht. Das schließt ein, dass man mit Bürgern auch mal ein Bierchen trinkt oder sich auf dem Fußballplatz mit Bürgern trifft.

Elbkurier: Aber auch OB Trümper ist großer Fußballfan!?

Schwenke: Da darf man nicht nur in der VIP-Lounge sitzen, sondern muss sich als Zuschauer unter die Fans mischen. Nur so erfährt man wirklich, was die Menschen bewegt auch über den Fußball hinaus.

Elbkurier: Vom Fußball einmal abgesehen. Was würde ein OB Schwenke anders machen als Herr Trümper?

Schwenke: Ich glaube eine ganze Menge! Ich würde viel stärker die Nähe zu den Bürgern suchen. Das fängt mit dem Stadtrat an. Der Umgang mit dem Stadtrat muss wieder vertrauensvoller werden. Die Stadträte sind die gewählten Vertreter der Bürger. Das hat ein OB ernst zu nehmen. Es ist z.B. nicht hinzunehmen, dass OB Trümper oftmals zuerst die Presse informiert und dann erst den Stadtrat. Das muss umgekehrt laufen.

Elbkurier: Wo wollen Sie noch andere Akzente setzen?

Schwenke: Ich halte regelmäßige strategische Gespräche mit den Stadtratsfraktionen für erforderlich. Dieser Dialog mit den gewählten Bürgervertretern ist für die Zukunft der Stadt von großer Bedeutung.

Elbkurier: Was noch?

Schwenke: Der Umgang des OB mit den Mitarbeitern der Stadtverwaltung muss anders werden. Die Mitarbeiter können von ihrem Chef zunächst einmal erwarten, dass er sich hinter sie stellt und nicht Leute öffentlich vorführt, wie es schon öfter passiert ist. Natürlich muss über die Probleme und Fehler gesprochen werden, aber möglichst intern. Die Mitarbeiter sind das größte Kapital einer Verwaltung, die muss man motivieren und sie für die eigenen Entscheidungen gewinnen und darf sie nicht öffentlich herunter putzen.

Elbkurier: Wo würde sich ein OB Schwenke noch anders verhalten?

Schwenke: Ich würde die Stadt mit großer Leidenschaft nach außen vertreten. OB Polte verstand sich als erster Botschafter Magdeburgs. Im Punkt der Außendarstellung möchte ich mir Polte zum Vorbild nehmen. Er hat die Stadt immer sehr glaubwürdig und geradezu enthusiastisch vertreten. Ich erinnere nur an seinen Auftritt in der "Lindenstraße".

Elbkurier: Für welche Filmrolle würde denn ein OB Schwenke sich bewerben?

Schwenke: Ich will Polte ja nicht kopieren. Ich werde meinen Weg gehen, um besser für Magdeburg zu werben als dies jetzt geschieht.

Elbkurier: An was denken Sie dabei?

Schwenke: Z.B. an das Magdeburger Recht. Mit diesem Pfund müssen wir wuchern. Deshalb hat die CDU-Fraktion einen Antrag für einen "Tag des Magdeburger Rechts" formuliert. In den mittel- und osteuropäischen Ländern hat es einen herausragenden Ruf. Das wollen wir zum Knüpfen von Kontakten nutzen und daraus können in einem zweiten Schritt auch wirtschaftliche Kontakte entstehen und zu echten Handelsbeziehungen weiter entwickelt werden.

weiter auf Seite 3

Mitarbeiterführung, Europaliga und seine Zukunftsvisionen

Elbkurier: Damit sprechen Sie die europäische Dimension Magdeburgs an!

Schwenke: Ja, früher hat Magdeburg in der Europaliga mitgespielt. Daran möchten wir erinnern und zugleich wieder anknüpfen. Deshalb hat die CDU-Fraktion auch den Kaiser-Otto-Preis vorgeschlagen, um an diese Glanzzeit zu erinnern und auf die Stadt aufmerksam zu machen. Zunächst waren ja viele dagegen, aber wir haben es schließlich durchgesetzt.

Elbkurier: Sie haben sich offensichtlich Aachen zum Vorbild genommen?

Schwenke: Natürlich! Aachen hat ungefähr die Größe von Magdeburg und erzielt mit dem Karlspreis mindestens einmal im Jahr europaweite Aufmerksamkeit. Aber es ist nicht nur die Geschichte, die uns europäische Bedeutung verleiht. Es ist auch der große Infrastrukturknoten, den wir in Magdeburg haben. Das Wasserstraßenkreuz mit einem wasserstandsunabhängigen Hafen ist eine riesige Chance, an alte wirtschaftliche Größe anzuknüpfen. Bei den Fernstraßen liegt unsere Stadt auch an den großen transeuropäischen Schnittpunkten Ruhrgebiet - Berlin - Warschau und

Hamburg - Prag - Wien. Wir haben damit gute Chancen, Magdeburg zu einem Logistik-Drehkreuz weiter zu entwickeln.

Elbkurier: Was braucht es zur Umsetzung dieser Vision?

Schwenke: Wir dürfen nicht noch weiter vom Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn abgehängt werden. Wir brauchen die Verlängerung der A14 Richtung Hamburg und Ostsee. Wir brauchen aber auch eine bessere Zusammenarbeit in der Region Magdeburg. Ich will die Beziehungen zum Umland auf eine neue Basis stellen. Mit der Brechstange geht es jedenfalls nicht, das hat sich gezeigt. Ich würde als OB einen

gleichberechtigten Dialog mit den Umland-Gemeinden führen und würde vor allem den persönlichen Kontakt zu den Bürgermeistern Keindorf und Wasserthal suchen.

Elbkurier: Herr Keindorf will sich doch schon freiwillig für den Zoo engagieren?

Schwenke: Das reicht natürlich nicht! Die Region muss enger zusammen arbeiten. Dazu gibt es für mich keine Alternative. Wir müssen die Chance nutzen, die sich aus dem Zweckverband ergibt, den der Landtag in Kürze beschließen wird.

Elbkurier: Welche Themen soll der Zweckverband bearbeiten?

Schwenke: Er muss den Flächennutzungsplan aufstellen, das wird

wie sie in der Region steht. Bei der Abfallentsorgung funktioniert die Zusammenarbeit schon längst - zum Vorteil aller.

Elbkurier: Wo müsste noch in der regionalen Zusammenarbeit angesetzt werden?

Schwenke: Ich unterstütze sehr die Vorschläge von Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre, der sich für einen Verkehrsverbund und einen Ausbau des S-Bahnnetzes ausgesprochen hat. Wir müssen auch die Infrastruktur in der Region weiter ausbauen, wenn wir im Wettbewerb um Ansiedlungen mithalten wollen.

Elbkurier: Was heißt das für die städtische Infrastruktur?

Schwenke: Wir müssen endlich den

den, aber was würden Sie als OB für die große Zahl der älteren Menschen anstreben?

Schwenke: Gar keine Frage, wir müssen auch die Bedürfnisse der älteren Generation im Blick haben. Viele leiden unter Vereinsamung. Deshalb plädiere ich für neue Wohnformen, z.B. für Seniorenwohngruppen. Jeder hat seinen persönlichen Bereich, in den er sich zurückziehen kann. Aber man ist nicht isoliert in seiner Wohnung, sondern hat jederzeit Anschluss an ein soziales Umfeld, hat bei Bedarf Hilfestellung und vieles mehr.

Elbkurier: Was kann die Stadt konkret dafür tun?

Schwenke: Im Bereich der Barrierefreiheit gibt es sicher noch viel zu tun. Aber ich möchte auch, dass die Alten nicht abgeschoben werden, sondern generationsübergreifende Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Alten können z.B. Kinder betreuen und die Jungen können im Gegenzug Einkäufe erledigen oder ähnliches. Da kann man sich gegenseitig helfen. Das möchte ich als OB unterstützen. Außerdem macht die MVB mit den Niederflurbahnen und den neuen Haltestellen schon eine ganze

Menge gerade für ältere Menschen. Das muss man anerkennen.

Elbkurier: Abschließend die Frage, was erwarten Sie vom Wahlkampf?

Schwenke: Ich hoffe auf eine faire Auseinandersetzung. Die Sachfragen sollten im Vordergrund stehen, schließlich geht es um die Zukunft unserer Stadt.

Elbkurier: Wie schätzen Sie Ihre Chancen ein?

Schwenke: Ich bin Optimist. Es wird sicherlich schwer gegen einen amtierenden OB anzutreten, aber ich rechne mir echte Chancen aus.

Elbkurier: Vielen Dank für dieses Gespräch.

wik



der Gesetzgeber verlangen. Das reicht aber nicht. Ich will, dass mittelfristig auch über die Schulnetzplanung, über Krankenhäuser und über die Wirtschaftsförderung in diesem Zweckverband entschieden wird. Insofern ist das geplante gemeinsame Industriegebiet mit der Gemeinde Sülzetal ein vorsichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber es reicht bei weitem nicht. Die Bürger interessieren sich doch schon lange nicht mehr für die Verwaltungsgrenzen. Das Angebot Magdeburgs im Bereich Sport, Kultur und Dienstleistungen nutzen doch alle Bürger der Region. Und die Gymnasiasten suchen sich ihre Schule aus, egal

vierspürigen Ausbau des südlichen Brückenzuges angehen. Es ist zwar schön, dass die alte Zollbrücke endlich wieder in früherem Glanz erstrahlt, aber die verkehrliche Belastung von heute kann diese denkmalgeschützte Brücke nicht aushalten, dafür wurde sie nie gebaut. Deswegen will ich den Ausbau bis zur B1 und dann weiter bis Heyrothsberge. Das ist auch für die vielen Großveranstaltungen wichtig, die im Stadion, in der Bördelandhalle und im Elbauenpark stattfinden. Da ist doch jedes Mal Verkehrschaos angesagt.

Elbkurier: Diese Botschaften werden viele Bürger interessant fin-

Termine

November

6.11.2007, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 58

7.11.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Süd
Gaststätte "Fast wie zu Hause",
Ahornweg 19a

9.11.2007, 17.00 Uhr
Ost- u. Mitteld. Vereinigung
Schlesischer Abend
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle,
Fürstenwallstraße 17

10.11.2007, 19.00 Uhr
CDU-Ball
Maritim-Hotel,
Otto-von-Guericke-Straße 89

12.11.2007, 19.00 Uhr
OV Buckau/Fermersleben/
Salbke/Westerhüsen/Beyendorf
und Sohlen
Beratungsraum der CDU-
Kreisgeschäftsstelle,
Fürstenwallstraße 17

14.11.2007, 19.00 Uhr
Magdeburger Domremter
"Verantwortung, Ethik,
Effizienz ..." Prof. Dr. Walter

14.11.2007, 18.30 Uhr
MIT & CDU-Landtagsfraktion
Grünkohlessen
Landtag von Sachsen-
Anhalt, Domplatz 6-9

19.11.2007, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle,
Fürstenwallstraße 17

20.11.2007, 17.00 Uhr
Ortsverband Olvenstedt
Spaziergang durch
Alt-Olvenstedt
Treff auf dem Parkplatz vor
der Turnhalle

22.11.2007, 18.00 Uhr
Kreisfachausschuss Kultur
Beratungsraum der CDU-
Kreisgeschäftsstelle,
Fürstenwallstraße 17

26.11.2007, 18.00 Uhr
**Gesamtmitglieder-
versammlung**
Ramada-Hotel, Hansapark 2

weitere Termine Seite 7

Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten

Auf einer Sondersitzung Ende September beschloss der Stadtrat eine Erweiterung des bereits bestehenden Haushaltskonsolidierungsprogramms um 14 Maßnahmen auf eine Gesamtanzahl von 121 Einsparmaßnahmen.

Notwendig geworden war es durch eine Auflage des Landesverwaltungsamtes als zuständiger Behörde der Kommunalaufsicht. Dieses hatte die Genehmigung für den Haushalt der Landeshauptstadt für das Jahr 2007 nur unter der Maßgabe erteilt, dass das strukturelle Defizit bis 2010 abgebaut und bis 2015 auch alle bis dahin aufgelaufenen Haushaltsdefizite beseitigt sein müssen. Hätte es keine Stadtratsentscheidung gegeben, hätte zum 1. Oktober eine neue Haushaltssperre und damit die massive Einschränkung der Handlungsfreiheit der Stadt gedroht.

Auch wenn die kommunalen Steuereinnahmen im bundesweiten Trend massiv gestiegen sind, hat dieser Geldstrom Magdeburg noch nicht erreicht. Also musste die Stadtverwaltung andere Möglichkeiten finden, die städtischen Einnahmen zu erhöhen bzw. die kommunalen Ausgaben zu senken. Kritisiert werden

muss aber die Kurzfristigkeit der Entscheidungsprozesse. So wurden die entsprechenden Drucksachen den Stadträten erst nach der Sommerpause zur Beratung vorgelegt, so dass für die kritische Auseinandersetzung mit deren Inhalten nur relativ wenig Zeit blieb.

Trotz dem stellten sich die Mitglieder der CDU-Ratsfraktion ihrer Verantwortung und berieten über jede einzelne Maßnahme ausführlich und diskutierten über deren Auswirkungen auf die Bürger unserer Stadt. Wir machten uns die Entscheidungen nicht leicht und standen immer wieder im Zielkonflikt zwischen der Ausgabenreduzierung bzw. der Einnahmesteigerung und den Bedürfnissen der Menschen.

In Folge dessen gab es von Seiten der CDU-Ratsfraktion auch ein differenziertes Abstimmungsverhalten. So gab es klare Voten z.B. für eine Straffung der Schulentwicklungsplanung bei den Berufsschulen oder bei den personalwirtschaftlichen Maßnahmen innerhalb der Stadtverwaltung. Bei einigen Punkten, wie der Reduzierung der Zuschüsse an die Magdeburger Flughafen GmbH oder der Gestaltung der kommunalen

Parkgebühren, vertraten wir andere Auffassungen als schlussendlich eine Mehrheit des Stadtrates. Nun ist die Stadtverwaltung gefordert, dieses theoretische Zahlenwerk mit Leben zu erfüllen.

Damit ist die Finanzkraft der Landeshauptstadt aber noch lange nicht gerettet. Hierzu ist ein ganzes Maßnahmenbündel notwendig. Es fängt mit den bereits im Kabinett beschlossenen Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes zu Gunsten der Oberzentren Dessau-Roßlau, Halle und Magdeburg an und geht bis hin zu Regelungen zum Lastenausgleich zwischen der Landeshauptstadt und den Umlandgemeinden. Aber das kommunale Handeln darf sich nicht allein darauf beziehen, nach immer neuen Finanztöpfen zu suchen. Vielmehr geht es darum, die wirtschaftliche Basis in unserer Stadt zu stärken und damit auch mittel- und langfristig die eigenen Steuereinnahmen zu steigern. Nur so ist gewährleistet, dass sinkende Zuweisungen oder steigende Ausgaben Magdeburg nicht an den Rand der kommunalen Handlungsfähigkeit führen.

Reinhard Stern

CDU-Ratsfraktion Magdeburg

Erinnern an die friedliche Revolution 1989/90

In der Magdeburger Innenstadt steht ein wohl einmaliges Denkmal, das an die friedliche Revolution von 1989/90 erinnert. Allein aus den Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, Firmen und Vereinen finanziert, wurde in der unmittelbaren Nähe des Domplatzes, auf dem 1989 Menschen für ihr Recht auf Freiheit demonstrierten, das Magdeburger Bürgerdenkmal errichtet. Kurz vor dem Tag der Deutschen Einheit hatte die Magdeburger CDU eine kleine Gedenkfeier an diesem Ort organisiert. Dies erfolgte sehr kurzfristig, da von keiner offiziellen Seite entsprechende Bemühungen stattfanden.

Dies ist ein wirkliches Trauerspiel, dass sich niemand von Seiten der Stadtverwaltung für die Organisation einer solchen Veranstaltung verantwortlich fühlt. Hier muss für die weitere Zukunft eine dauerhafte Lösung gefunden werden. Wir als CDU werden bei solchen Prozessen garan-



tiert unseren Beitrag leisten. Trotz der kurzfristigen Einladung fanden sich rund 25 BürgerInnen am Denkmal ein, beim Rathausfest, das gleichzeitig stattfand, waren weit mehr BesucherInnen zu verzeichnen. Offensichtlich vergessen viele schnell, dass Freiheit ein kostbares Gut ist, welches den Menschen hier erst seit relativ kurzer Zeit zur Verfügung steht. Wir Christdemokraten werden jede Gelegenheit nutzen, besonders die jüngere Generation

über die Zustände im DDR-Unrechtsstaat aufzuklären, um eine Verharmlosung dieses Regimes aktiv zu bekämpfen. Dies versprach auch der Landtagsabgeordnete Wigbert Schwenke. Die Redner Rudolph Evers (ehemaliger Vorsitzender des Kuratoriums für das Bürgerdenkmal) und Johannes Rink (Landesvorsitzender des Verbandes der Opfer des Stalinismus) unterstützten diese Ansicht.

Reinhard Gurcke

CDU-Ratsfraktionsgeschäftsführer

Angela Merkel: CDU auch im Osten kompetente Volkspartei

Am 13. September empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel die CDU-Bundestagsabgeordneten der neuen Länder im Kanzleramt zu einem Gespräch. Wichtigste Inhalte waren u.a. die Politikverdrossenheit im Osten und die Frage, was zu tun ist, um ein einheitliches Auftreten des Ostens zu erreichen. Die CDU, so die Kanzlerin, wird auch im Osten als Volkspartei und kompetent für die Wirtschaft wahrgenommen. Hier gilt es anzusetzen und auch trotz des differenzierten Entwicklungsstandes der einzelnen Ostländer gemeinsam eine Sprache zu sprechen. Erfolge, wie z.B. die Kinderbetreuung werden als normal und gegeben hingenommen. Aber es ist (im Vergleich zu den Westländern) nicht normal und deshalb müssen solche Dinge besser "verkauft" werden.

Natürlich sind die Gestaltungsmöglichkeiten heute gegenüber den neunziger Jahren nicht mehr so groß, aber es gibt noch Handlungsspielraum. Wir als Bundestagsabgeordnete haben dabei eine wichtige Aufgabe in der öffentlichen Wahr-



nehmung zu erfüllen. Die Kanzlerin sagte zu, dass auch außerhalb der Wahlkämpfe mehr Bundesminister noch mehr Termine im Osten wahrnehmen werden. Ebenso wird sie die Ost-Ministerpräsidenten-Konferenz durch ihre Anwesenheit aufwerten. Weiterhin wird es eine Überprüfung

von ostrelevanten Themen geben, (z.B. Zusatzversicherungsansprüche der Intelligenz, Umweltschädigungen usw.) die nochmals auf den Prüfstand kommen, da diese Problematiken viele persönliche Schicksale und Wählerpotentiale beinhalten. Eine Auflistung der gesellschaftli-

chen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West soll weitere Arbeitsschwerpunkte für eine kommende Gesprächsrunde mit der Kanzlerin definieren. Die Abgeordneten dankten der Kanzlerin für die Möglichkeit dieses Gedankenaustausches. *Bernd Heynemann, MdB*

Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement erreicht

Mit dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements hat der Bundestag ein grundlegendes Anliegen christdemokratischer Politik durchgesetzt. Wir haben für die vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger ein praxisnahes Gemeinnützigkeitsrecht geschaffen. Durch die Entlastung von administrativen Pflichten können ehrenamtlich Tätige sich wieder stärker dem eigentlichen Zweck ihres Engagements widmen. Darüber hinaus haben wir in den Beratungen sowohl die Erhöhung der Übungsleiterpauschale als auch eine höhere Aufwandspauschale für ehrenamtlich Tätige erreicht. Mit diesen rechtlichen Verbesserungen drücken wir unsere große Anerkennung für ehrenamtliches Engagement aus.

Das bürgerschaftliche Engagement trägt ganz wesentlich zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Die Entlastungen von bürokratischem Aufwand und die finanziellen Anreize kommen

mehr als 23 Millionen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute. Der Einnahmeverzicht des Staates ist keine Subvention, sondern eine sinnvolle Investition in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und wird sich langfristig vielfach auszahlen.

Im Einzelnen haben wir Folgendes erreicht:

⚡ Der Übungsleiterfreibetrag wird von 1.848 Euro auf 2.100 Euro angehoben. Dies bedeutet, dass Übungsleiter bis zu 2.100 Euro pro Jahr für ihre Tätigkeit bekommen dürfen, ohne dass von diesem Betrag Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden müssen. Die jetzt großzügigere Regelung betrifft eine Vielzahl von Personen, die sich in den verschiedensten Bereichen engagieren. Sie gilt nicht nur für Übungsleiter im Sport und in den Vereinen. Auch Übungsleiter beispielsweise in gemeinnützigen Bildungs- und Kultureinrichtungen oder in sozialen Bereichen

profitieren davon.

⚡ Es wird eine völlig neue steuerfreie Aufwandspauschale für ehrenamtlich Tätige eingeführt. Mit einem Freibetrag in Höhe von 500 Euro wird pauschal der Aufwand, der den ehrenamtlich tätigen Personen durch ihren Einsatz entsteht, abgegolten. Hiermit leisten wir einen weiteren Beitrag zur Entlastung aller freiwillig Engagierten, der etwa zwei Millionen Menschen zu Gute kommen wird.

⚡ Die Höchstgrenzen für den Spendenabzug werden auf einheitlich 20 Prozent der Einkünfte angehoben. Bisher waren es, abhängig vom Empfänger, 5 Prozent oder 10 Prozent. Dadurch können Bürgerinnen und Bürger erheblich höhere Spendenbeträge von der Steuer absetzen, als dies bisher der Fall war.

⚡ Spenden bis 200 Euro können jetzt durch einfachen Bankbeleg nachgewiesen werden.

⚡ Die Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen

gemeinnütziger Körperschaften sowie die so genannte Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen werden von insgesamt 30.678 Euro Einnahmen im Jahr auf 35.000 Euro angehoben.

⚡ Die Abzugsfähigkeit von Mitgliedsbeiträgen an Kulturfördervereine wird gesetzlich klargestellt. Der Sonderausgabenabzug für Mitgliedsbeiträge an Vereine zur Förderung kultureller Einrichtungen wurde verbessert und entbürokratisiert.

⚡ Der Höchstbetrag für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital (Vermögensstockspenden) wird von 307.000 Euro auf 1 Million Euro angehoben. Dadurch wird die Kapitalbasis von Stiftungen erheblich gestärkt.

Mit den erreichten Verbesserungen der rechtlichen Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement haben wir für die Zukunft eine starke Basis für unsere engagierten Bürgerinnen und Bürger geschaffen.

Bernd Heynemann, MdB

Frauen-Union organisiert den 1. Christlichen Gabentisch

In diesem Jahr organisiert die Frauen-Union den ersten "Christlichen Gabentisch" für Hilfsbedürftige in Magdeburg. Diese Aktion kann nur erfolgreich werden, wenn wir große Unterstützung von allen Seiten erfahren, um somit sozial schwachen Familien zum Weihnachtsfest ein Zeichen der Nächstenliebe zu geben.

Setzen sie ein Zeichen!

Es macht uns sicher, dass wir bei dieser Aktion mit ihrer Hilfe rechnen können, um die ich sie mit diesem Aufruf herzlich bitten möchte. Bitte spenden sie für die, die in unserer

Gesellschaft nicht im Überfluss leben können. Gebraucht werden zum Beispiel:

Warme Schuhe und Winterkleidung vor allem für Kinder, Spielsachen, Babybekleidung, Haushaltsgegenstände, Bücher, elektrische Geräte, Körperpflegemittel, Modeschmuck, Süßigkeiten, Geschirr, Bettwäsche, Handtücher, Gardinen usw. - eigentlich alles, was sie entbehren können und womit man Anderen eine Freude bereiten kann. Bitte haben sie Verständnis dafür, dass wir keine verschmutzten oder beschädigten Sachen annehmen können, ebenso

keine Sommerkleidung.

Der Christliche Gabentisch findet am Samstag, den **15. Dezember 2007 von 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr, in der Goldschmiedebrücke 11**, in 39104 Magdeburg (ehemals Cash Box) statt. Alle **Spenden** werden vom **27.11. - 12.12.2007** dankend entgegengenommen. Geben Sie Ihre Spende bitte in der CDU-Kreisgeschäftsstelle, Fürstenwallstraße 17, 4. Etage, in der Zeit von 8.00-16.00 Uhr ab.

Für ihre Unterstützung möchte ich mich schon jetzt herzlich bedanken.



Ihre

Sabine Wölfer

Kreisvorsitzende der Frauen-Union

Junge Union übernimmt Geschäftsführung bei RPJ Magdeburg

Unter diesem Motto hätten eine Vielzahl der Aktionen der Jungen Union Magdeburg in den vergangenen Wochen stehen können. So beteiligten sich die Mitglieder unserer Vereinigung erneut am Magdeburger Freiwilligentag. Im Rahmen dieses Aktionstages der Freiwilligenagentur Magdeburg wurde u.a. durch uns das Außen Gelände des Kinder- und Jugendheimes der AWO im Kannenstieg verschönert. Neben handwerklichen Aufgaben, wie Erdarbeiten, galt es die vorhandenen Spielgeräte vom Rost zu befreien und mit einem neuen freundlichen Farbanstrich zu versehen. Während andere nur von der Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit reden, will die Junge Union Magdeburg durch ihr positives Beispiel zum Mitmachen motivieren.

Bereits zum dritten Mal rief unser



Wigbert Schwenke, MdL, im Kreise einiger Mitglieder der Jungen Union Magdeburg.
Foto: Claudia Krull

JU-Kreisverband Mitglieder, Freunde und alle anderen Bürgerinnen und Bürger zur Blutspende unter dem Motto "Schwarze geben Rotes" auf. Nach dem Ende der Sommerzeit waren die Vorräte an Blutkonserven bedenklich abgesunken. Mit dieser Aktion wollten

wir einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der aktuellen Lage leisten. Tatkräftig wurden wir dabei vom CDU-Oberbürgermeisterkandidaten Wigbert Schwenke, MdL, unterstützt.

Im Gegensatz zu einigen Menschen und Parteien vergessen wir

nicht, welcher Unrechtsstaat die DDR war. So veranstalteten wir einen Filmabend zum Thema Mauerbau und waren auch als JU bei der Gedenkveranstaltung am Bürgerdenkmal mit dabei.

Aber es gilt nun den Blick auf die zukünftigen Aufgaben zu richten. So wird es zum Jahresende wieder die traditionelle Spendensammlung für den guten Zweck geben und entsprechende Aktivitäten im Vorwahlkampf zur bevorstehenden Oberbürgermeisterwahl stehen ebenfalls auf der Arbeitsagenda. Daneben wird die JU in Kürze die Geschäftsführung beim Ring-Politischer-Jugend Magdeburg übernehmen. Bei allen diesen Projekten brauchen wir Unterstützung, die wir bei der CDU und hoffentlich auch bei ihnen persönlich finden werden.

Tobias Krull
JU-Kreisvorsitzender

Drittes Wiesenfest der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung

Bereits zum dritten Mal veranstaltete die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) Magdeburg ihr Wiesenfest. Im Laufe dieses Augustabends konnte der MIT-Kreisvorsitzende Wolfgang Madzek rund 100 Gäste bei diesem Fest auf dem Gelände des GTZH begrüßen. Darunter den Hausherrn Dr. Andreas Baeckler, die beiden Sparkassenvorstände Horst Eckert und Jens Eckhardt, den CDU-Kreisvorsitzenden Jürgen Scharf, MdL, den Bundestagsabgeordneten Bernd Heynemann, den

Landtagspräsidenten Dieter Steinecke sowie den Oberbürgermeisterkandidaten Wigbert Schwenke, MdL, und viele weitere Vertreter aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Neben zahlreichen Gesprächen in lockerer und fröhlicher Atmosphäre mit Musik und Grillwurst gab es auch einiges zu sehen. So eine Modenschau von Heike Benkert und ihrer Firma Modeburg, bei der die Hobbymodelle echtes Talent für den Laufsteg bewiesen.

Gerhard Häusler



Die Gäste werden beim 3. Wiesenfest der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung durch Wolfgang Madzek herzlich begrüßt. Foto: Tobias Krull

Für den Notfall vorsorgen: Würdigen Umgang mit menschlichem Sterben sichern



Notar Wolfgang Gründer plädiert für juristisch klare Vorsorge für den Fall der Fälle. Foto: Tobias Krull

Zu diesem Thema hatte die Frauen-Union Magdeburg im September ins Hotel "Ratswaage" zu einer öffentlichen Gesprächsrunde mit Notar Wolfgang Gründer eingeladen. Die Resonanz auf dieses sensible und hochaktuelle Thema war groß und dank der hervorragenden Organisation durch die Vorsitzende der FU Magdeburg, Sabine Wölfer, fanden auch alle Besucher einen Platz.

"Was ist, wenn ich morgen tot bin, nicht mehr in der Lage bin für mich selbst zu handeln, mein Unternehmen insolvent wird, ich arbeitslos werde?". Das sind die Fragen, die der aus Funk und Fernsehen bekannte Referent in den Raum stellte.

Schwerpunkt des Abends sollten jedoch Patientenverfügung, Vorsorge- und Generalvollmacht sein. Also die Vorsorge für den Fall, dass man aufgrund von Krankheit, Unfall oder fortgeschrittenem Alter nicht mehr selber in persönlichen Belangen (Vermögensverwaltung, Gesundheitsfürsorge, Aufenthaltsfragen etc.) entscheiden kann. Dieses Thema liegt Herrn Gründer besonders am Herzen. Er selbst war nach einem Unfall für viele Tage im Koma, ohne seiner Frau eine entsprechende Vollmacht hinterlassen zu haben.

Anschaulich schilderte er, welchen Problemen man mit den jeweiligen Vollmachten vorbeugen kann. So sei es wichtig,

genau zu überlegen, für welche Fälle man vorsorgen will und wer dann die Ansprechperson sein soll. Es ging also darum, wer die Betreuungs- und Entscheidungsfunktion übernimmt.

Notar Gründer mahnte, dass diese Person, wegen des zumeist tiefen Eingriffs in die persönlichen Belange des zu Versorgenden, unbedingt eine Vertrauensperson (auch mehrere möglich) sein sollte.

Mit klaren, leicht verständlichen Worten und immer einer anschaulichen Anekdote verbunden, erklärte er die feinen juristischen Unterschiede bei der Formulierung der Vollmachten und ging auch auf die aktuelle

Diskussion ein, ob die Vollmacht regelmäßig mit Datum und Unterschrift "erneuert" werden soll.

Wolfgang Gründer gab noch zu bedenken, dass es zwar unter den fast 180 im Internet zu findenden Mustertexten durchaus Exemplare gebe, die man so nutzen könne. Jedoch ließe sich durch eine gezielte Beratung eine individuelle Vollmacht erstellen. Er erläuterte auch die Hinterlegungsmöglichkeit einer Vorsorgevollmacht beim zentralen Vorsorgeregister (www.vorsorgeregister.de).

Zuletzt empfahl er allen, sich eine sogenannte Notfallkarte ins Portemonnaie zu legen, auf der man z.B. die im Notfall zu benachrichtigenden Personen mit Namen und Telefonnummer schreibt und ob eine Patientenverfügung, Vorsorge- oder Generalvollmacht vorliegt.

Mit dem Zitat des römischen Komödiendichters T. M. Plautus "Es ist zu spät, Brunnen zu graben, wenn der Durst brennt.", beendete Herr Gründer seinen Vortrag.

Anschließend nutzten die Anwesenden die Gelegenheit Fragen zu stellen.

Nicole Döltz,

Mitglied des

Kreisv. der FU Magdeburg



Betriebsbesuch bei "Galaxis": Bernd Heynemann, MdB, informierte sich beim Geschäftsinhaber der "Galaxis - Spielautomaten" Ulf Steinfurth über das betriebliche Geschehen.

weitere Termine

28.11.2007, 18.30 Uhr
OV Sudenburg/Friedenshöhe
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

30.11.2007, 18.00 Uhr
Gemeinsame Weihnachtsfeier der Ortsverbände
Am Neustädter Feld,
Olvenstedt und Diesdorf
Gaststätte "Zum Nikolai",
Nikolaiplatz 6

Dezember

2.-4.12.2007
Bundesparteitag in Hannover

3.12.2007, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle,
Fürstenwallstraße 17

3.12.2007, 18.30 Uhr
MIM
Gaststätte "Paulaner"
Hegelstraße/Einsteinstr. 13b

5.12.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Süd
Gaststätte "Fast wie zu
Hause", Ahornweg 19a

12.12.2007, 18.30 Uhr
Gemeinsame Weihnachtsfeier der Ortsverbände
Neustadt, Nord und der OMV
St. Mechthild Gemeinde,
Milchweg 28

17.12.2007
Glühweinabend der
Vereinigungen

Januar 2008

7.01.2008, 18.30 Uhr
MIM
Gaststätte "Paulaner"
Hegelstraße/Einsteinstr. 13b

8.01.2008, 19.30 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 48

14.01.2008, 18.00 Uhr
Neujahrsempfang des
CDU-Kreisverbandes

21.01.2008, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle,
Fürstenwallstraße 17

weitere Termine Seite 8

weitere Termine

23.01.2008, 18.00 Uhr
Ost- u. Mitteld. Vereinigung
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle,
Fürstenwallstraße 17

23.01.2008, 18.30 Uhr
OV Sudenburg/Friedenshöhe
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

Februar

4.02.2008, 18.30 Uhr
MIM
Gaststätte "Paulaner"
Hegelstraße/Einsteinstr. 13b

5.02.2008, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 48

6.02.2008, 19.00 Uhr
Ortsverband Süd
Gaststätte "Fast wie zu Hause",
Ahornweg 19a

18.02.2008, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle,
Fürstenwallstraße 17

27.02.2008, 18.30 Uhr
OV Sudenburg/Friedenshöhe
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

27.02.2008, 18.00 Uhr
Ost- u. Mitteld. Vereinigung
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle,
Fürstenwallstraße 17

Impressum

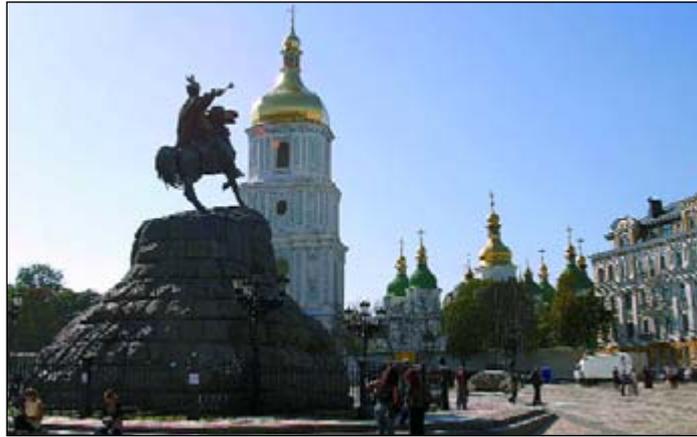
Herausgeber:
CDU-Kreisverband Magdeburg
39104 Magdeburg,
Fürstenwallstraße 17, 4. OG
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:
Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.),
Tobias Krull, Thomas Nawrath
und Andreas Kern

Layout/Satz:
Birgit Uebe,
Medien- und Fotografiedesign
Tel. 0391 6076884

Druck:
Harzdruckerei Wernigerode
Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise:
viermal / dreimal jährlich

Steinecke und Haseloff holen Ukrainer ins Land



In viereinhalb Jahren ist die Ukraine Gastgeber der Fußball-Europameisterschaft. Hier ein Blick in das Zentrum von Kiew. Foto: Thomas Nawrath

Die ukrainischen Parlamentswahlen vor wenigen Wochen haben die Erinnerungen an die "Orange Revolution" 2004/05 wieder belebt. Davon konnten sich auch etliche Sachsen-Anhalter in den vergangenen Wochen persönlich überzeugen. Es scheint mittlerweile fast normal, wenn Vertreter von Diakonie und Bürgerinitiativen zu einer Konferenz nach Kiew fahren, Unternehmer und IHK in Saporoschje die Chancen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ergründen oder das Deutsch-Ukrainische Forum in Kiew mit dem Unternehmerverband die Details der bevorstehenden Deutschlandreise des ukrainischen Wirtschaftsministers bespricht.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich Magdeburg in den vergangenen Monaten zu einem "Ukraine-Zentrum" entwickelt. So

hat Landtagspräsident Dieter Steinecke seit Juni 2007 den Vorsitz im Deutsch-Ukrainischen Forum inne und die Geschäftsstelle in der Hegelstraße koordiniert verschiedene Projekte, darunter den "Wirtschaftstag Ukraine 2007" am 8. November in der Elbestadt. Präsident Steinecke und Wirtschaftsminister Dr. Haseloff (beide CDU) gelang es sogar, den amtierenden Wirtschaftsminister der Ukraine dafür nach Magdeburg einzuladen. Dabei kommt Minister Kinach nicht etwa allein, sondern bringt rund 20 Generaldirektoren, Vorstandsvorsitzende und Top-Manager großer ukrainischer Unternehmen nach Magdeburg. Auf Einladung der hiesigen IHK kommen zudem weitere Firmen aus Lviv (Lemberg) und Saporoschje zum Wirtschaftstag. "Die Ukrainer wollen mit potenziellen Geschäftspartnern über konkre-

te Aufträge reden", erläutert Steinecke. Gute Chancen haben besonders die Maschinen- und Anlagenbauer der Region, aber auch Energieversorger und Bauunternehmen. "In viereinhalb Jahren ist die Ukraine Gastgeber der Fußball-Europameisterschaft. Neben modernen Stadien und einer guten Infrastruktur fehlen etwa 120 Hotels", skizziert Steinecke mögliche Aufgabenfelder der Firmen aus Sachsen-Anhalt.

Aber auch im Bereich der erneuerbaren Energien, beispielsweise bei der Windenergie- und Biogasnutzung gibt es großes Interesse in der Ukraine. So soll die Abhängigkeit vom russischen Erdöl und Gas reduziert werden. "Eine Alternative könnte auch die Nutzung des Braunkohlenstaubs der westukrainischen Tagebaue sein", spricht Steinecke eine Technologie des Magdeburger Energieversorgers GETEC an. "Überhaupt eröffnen sich im Umweltsektor, bei der Trinkwasserversorgung sowie bei der Entsorgung von Abwasser und Abfall Zukunftsperspektiven für unsere Ingenieurbüros und Anlagenbauer", ergänzt Steinecke. Bereits Ende Oktober gab es mehr als 160 Anmeldungen für den Ukraine-Wirtschaftstag, allein ca. 40 ukrainische Unternehmen! Informationen zum "Wirtschaftstag Ukraine" auf der Internetseite www.d-u-forum.de.

Thomas Nawrath

Bürger nutzten Tag der offenen Rathausstür

In Magdeburg findet bereits seit 16 Jahren zum Tag der Deutschen Einheit das Rathausfest statt. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, in aller Ruhe durch fast alle Räume des Rathauses zu schlendern und mit Verwaltung und Stadträten ins Gespräch zu kommen. Auch die CDU-Ratsfraktion, inklusive des Stadtrates und CDU-OB-Kandidaten Wigbert Schwenke, unterbreitete ein entsprechendes Angebot. Dabei wurden Sie auch von Vertretern des CDU-Kreisvorstandes und der Jungen Union unterstützt. Durch die Bevölkerung wurde dieses Informationsangebot auch rege



Blick in einen mit Gästen gut besuchten Rathausaal am 3. Oktober. genutzt.

Besonderes erfreulich war, dass auch CDU-Ratskollegen aus

Braunschweig den Dialog mit ihren Magdeburger Parteifreunden suchten und fanden. *Foto / Text: T. Krull*

Deutsche Ratspräsidentschaft sicherte Kriterien für mehr Demokratie, Effizienz und Transparenz

Die von dem Verfassungsvorschlag abgeleitete Textgrundlage vom Juni, die die Bundeskanzlerin und damalige EU-Ratspräsidentin Angela Merkel, entgegen den Widerständen einzelner Mitgliedstaaten, auf dem Europäischen Ratsstreffen verabschieden konnte, werden sich in Lissabon die Staats- und Regierungschefs auf den Text neuer Reformverträge einigen.

Die Europäische Kommission gab sich im Vorfeld zuversichtlich, dass es eine Einigung gibt und mit der Ratifizierungsphase begonnen werden kann. Sowohl die EU-kritische Mitte-Rechts-Regierung in Tschechien als auch Polens Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski hatten sich in der Woche vor dem Treffen vorsichtig optimistisch geäußert.

Letztere machen ihre Zustimmung abhängig davon, dass der "Ioannina-Mechanismus" in "rechtlich verbindlicher Form" verankert wird. Dabei geht es um die Möglichkeit, Entscheidungen des Ministerrates auch dann noch für eine "angemessene Zeit" zu verzögern, falls eine Minderheit von Staaten nur knapp die eigentlich erforderliche Sperrminorität verfehlt.

Das Europäische Parlament ist ebenfalls überzeugt, dass der neue EU-Grundlagenvertrag "unter Dach und Fach" gebracht wird. Die vorhandene Einigung über den Grundlagenvertrag ist ein gutes Beispiel für die vorbildliche Zusammenarbeit die amtierende portugiesische Ratspräsidentschaft erfolgreich in die Abschlussphase überführt werden.

Das von der Regierungskonferenz erarbeitete Mandat für den Grundlagenvertrag gewährleistete in der jetzt vorliegenden Form mehr Demokratie und eine bessere Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in allen wichtigen Politikbereichen wie zum Beispiel der Energiepolitik, der Bekämpfung der organisierten Kriminalität oder dem Klimawandel. Gleichzeitig sorgt der neue Grundlagenvertrag für verbesserte Entscheidungsmöglichkeiten der Europäischen Union und für mehr Mitsprache des Europäischen Parlaments. Mit der geplanten Auflösung der dritten Säule bei der Innen- und Justizpolitik sowie der gleichzeitigen Über-

führung der Agrarpolitik und der gesamten Haushaltspolitik in die Mitentscheidung des Parlaments wird zudem die noch bestehende demokratische Lücke auf insgesamt 95 Prozent geschlossen.

Mit dem Grundlagenvertrag wird auch dem Subsidiaritätsprinzip in vollem Umfang entsprochen. Alle Gesetzesvorschläge der Europäischen Kommission werden künftig den nationalen und regionalen Parlamenten vorgelegt, also auch dem Landtag von Sachsen-Anhalt. Damit kann der Landtag in einer frühen Phase des Gesetzgebungsprozesses aktiv seine Bedenken und Wünsche vorbringen. Dadurch werden sicherlich meine Gespräche mit den Abgeordneten des Landtages, die bereits regelmäßig zu aktuellen Themen stattfinden, noch zunehmen.

Auch die von einzelnen Staaten ausgehandelten Opt-out-Klauseln stellen keine reelle Beeinträchtigung dar. Die einzelnen Opt-outs sind mit klaren Fristen versehen und sind nur auf den jeweiligen Mitgliedstaat anwendbar. Damit wurden die Grundvoraussetzungen einzelner Mitgliedstaaten akzeptiert, ohne dass neue Referenden für die Ratifi-

kation des Grundlagenvertrags notwendig sind. Mit der vollen Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta und der Schaffung einer eigenen Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union wurden zwei Kernanliegen des Europäischen Parlamentes durchgesetzt.

Ein Augenmerk werden die Abgeordneten jedoch weiterhin auf die Festlegung der Regeln für die Weitergabe persönlicher Daten an dritte Staaten haben. Es muss sichergestellt sein, dass eine Weitergabe nicht ohne gerichtliche Kontrolle und parlamentarische Mitbestimmung erfolgen darf. Ferner muss gewährleistet sein, dass der Hohe Beauftragte für die Außenpolitik gemeinsam mit der gesamten Kommission und dem Kommissionspräsidenten gemäß den Ergebnissen der nächsten Europawahlen 2009 und damit unter voller Wahrung der Mitspracherechte des Parlaments berufen wird.

Die Reformverträge sollen die EU-Verfassung ersetzen, deren Entwurf 2005 bei Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheitert war. Die Verträge sollen bis Anfang 2009 ratifiziert werden.

Dr. Horst Schnellhardt, MdEP

Grundsatzprogrammberatungen auf der Zielgeraden

Bevor und auch nachdem der CDU-Bundesvorstand auf seiner Klausursitzung im Juli den Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm als Leitanspruch für den Bundesparteitag einstimmig beschlossen hatte, wurde dieser in der Öffentlichkeit und an der Basis umfangreich diskutiert. Bereits im Vorfeld des Leitanspruchs zeichnete sich auch innerhalb der Grundsatzprogramm-Kommission unter Leitung des Generalsekretärs Ronald Pofalla ab, dass die thematisierten Schwerpunkte kontrovers diskutiert werden.

Der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms trägt den Titel "Frei und sicher leben in der Chancen-Gesellschaft". Ziel ist es, dass Profil der CDU deutlich zu schärfen.

Stand beim letzten Grundsatzprogramm im Jahr 1994 die Zukunft des wiedervereinigten Deutschlands im Vordergrund, so soll das neue



Grundsatzprogramm-Kongress II in Hanau: CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla bei seinen Ausführungen. Im September und Oktober fanden weitere Regionalkonferenzen in ganz Deutschland, u.a. in Berlin, Stuttgart, Hamburg und Essen statt, in deren Rahmen weitere Diskussionen erfolgten. Foto: CDU

Grundsatzprogramm den gewandelten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden.

Der Programmtext definiert die CDU als "Volkspartei der Mitte" mit dem deutlichen Bekenntnis zum

christlichen Menschenbild und den zentralen Grundwerten "Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit".

Um die diesbezüglichen Vorschläge der Programmkommission vor Ort näher zu erörtern, fand im August die

Dialogtour des CDU-Generalsekretärs quer durch Deutschland statt. Es ging darum, vielfältige Eindrücke aus allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu erhalten und mit zahlreichen Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen.

Auftakt zur deutschlandweiten CDU-Dialogtour war ein Besuch des Generalsekretärs in Weißenfels. Pofalla besuchte gemeinsam mit Prof. Wolfgang Böhmer und Thomas Webel das Sanitätskommando III der Bundeswehr.

Die eingebrachten Änderungen der Parteibasis sollen auf dem Bundesparteitag am 3. und 4. Dezember - an dem auch Vertreter des Kreisverbandes Magdeburg teilnehmen werden - in Hannover thematisiert und dabei das Grundsatzprogramm verabschiedet werden.

*Tino Sorge
Mitglied des Kreisvorstandes
Grundsatzprogrammbeauftragter*



Sommerakademie statt Semesterferien

Bereits zum elften Mal führte der Ring Christlich-Demokratischer Studenten seine Sommerakademie durch, in diesem Jahr unter dem Titel "Europa wächst. Zusammen" im Bildungszentrum Wendgräben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Teile des Seminars bestanden aus Gesprächen mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering, MdEP (CDU),

sowie oppositionellen Demokraten aus Weißrussland. Natürlich durfte auch ein kleiner Abstecher in die Landeshauptstadt nicht fehlen. So machten sich die rund dreißig Studierenden aus ganz Deutschland auf den Weg nach Magdeburg, um die Stadt per Fuß, per Bus und per Schiff zu erkunden, darunter der RCDS-Bundesvorsitzende Matthias Kutsch und seine beiden Stellvertreter Johannes Schröder und Bene-

dikt Brunner.

Die Schiffstour auf der Elbe wurde gleich mit einer Diskussionsrunde mit dem Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts, Prof. Wolfgang Böhmer, und dem Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Bernd Lüdckemeier, verbunden. Einmal in Magdeburg suchte Matthias Kutsch auch gleich noch das Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion und CDU-

Kreisvorsitzenden Jürgen Scharf.

Beim anschließenden Stadtrundgang ließen es sich die RCDS-Mitglieder aus Magdeburg nicht nehmen, die Gäste durch ihre Stadt zu begleiten, so die RCDS-Landesvorsitzende Christin Menzel und Daniel Gerlich (Gruppenvorsitzender RCDS Uni Magdeburg). Bei einem gemütlichen Abendessen in einem Magdeburger Restaurant endete dieser Ausflug. *Claudia Krull*



Matthias Kutsch, RCDS-Bundesvorsitzender suchte in Magdeburg das Gespräch mit dem CDU-Kreisvorsitzenden Jürgen Scharf.



Die Teilnehmer der 11. RCDS-Sommerakademie beim Gruppenfoto vor dem Magdeburger Dom. *Fotos: Tobias Krull*

Steinecke besucht Kriegsgräberstätten und Konzentrationslager in Lettland CDU-Stadtratsfraktion will Beitritt zum Riga-Komitee

In seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. nahm Dieter Steinecke, in Begleitung des Präsidenten der Landeskirche Anhalt, Helge Klasohn, und des Landesgeschäftsführers der Deutschen Kriegsgräberfürsorge, Jan Scherschmidt, vom 14. bis zum 17. August diesen Jahres an einem Internationalen Workcamp in Daugavpils (Dünaburg)/Lettland teil.

Gemeinsam mit den Jugendlichen besuchte der Landtagspräsident Gräber von deutschen, lettischen und russischen Soldaten beider Weltkriege. Ein besonderes Gedenken galt den jüdischen Opfern des Holocausts. Im Rahmen des Workcamps hielten die jungen Leute ein Friedensgebet mit Kirchenpräsident Klassohn, der selbst in Riga geboren wurde.

Steinecke sagte im Rahmen einer Diskussion mit den Camp-Teilnehmern: "Wer am Sinn der europäischen Einigung zweifelt, sollte Soldatenfriedhöfe besuchen. Dort sieht

man, wozu das Gegeneinander der Völker in der Vergangenheit geführt hat. Soldatengräber sind Zeugnisse dafür, dass es unsere Pflicht bleibt, unbeirrt für die europäische Freundschaft einzutreten." Er wies darauf hin, dass die Friedensarbeit in Lettland für Magdeburg von besonderer Bedeutung ist.

Schließlich kam mit Herbert Goldschmidt, von 1931 bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten Stellvertreter des Oberbürgermei-

sters von Magdeburg, eine bedeutende Persönlichkeit der Stadtgeschichte in einem Konzentrationslager bei Riga ums Leben. Der jüdischstämmige Goldschmidt wurde schon 1933 von der Gestapo in Magdeburg verhaftet. Die Stadt hat ihm zu Ehren eine Straße (Goldschmidtring) benannt.

Nicht zuletzt wegen des persönlichen Schicksals von Goldschmidt wird sich der Stadtrat im November mit dem Beitritt Magdeburgs zum

Deutschen Riga-Komitee beschäftigen. Der am 23. Mai 2000 gegründete Zusammenschluss deutscher Großstädte will an das Schicksal von über 25.000 deutschen Juden erinnern, die in den Jahren 1941/42 nach Riga deportiert und in ihrer überwiegenden Zahl im Wald von Bikernieki ermordet wurden.

Thomas Veil, CDU-Stadtrat und stellvertretender Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, erklärt: "Mit der Pflege der Gräber- und Gedenkstätte im Wald von Bikernieki durch lettische und deutsche Jugendliche wird ein lebendiges Band der Erinnerung und der Begegnung zwischen Riga und den deutschen Städten geknüpft, von denen damals die Sammeltransporte ausgingen." Es wäre ein wichtiges Zeichen der Versöhnung, wenn Magdeburg sich diesem Friedensdienst anschließt. Es ist an der Zeit, Brücken über alte Gräben zu bauen. Wir Magdeburger sind dabei auch als Baumeister gefordert.

Andreas Kern



Landtagspräsident Steinecke beim Besuch des Internationalen Workcamp des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Auf dem Friedhof in Daugavpils nahm Dieter Steinecke an einer zweisprachigen Gedenkfeier teil.

Mittelstandsvereinigung Magdeburg mit neuem Vorsitz

Auf ihrer turnusgemäßen Gesamtmittgliederversammlung hat die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) Magdeburg am 27. September einen neuen 8-köpfigen Vorstand gewählt.

Nach acht Jahren als Vorsitzender ist der Unternehmensberater Wolfgang Madzek aus dem MIT-Vorstand ausgeschieden. Seine Nachfolge tritt der Jungmanager Michael Horstmann an. Zu Stellvertretern des Vorsitzenden wurden Alfred Kautz und die Dahlenwarleberin Evelyn Hübner gewählt.

Schatzmeister der MIT Magdeburg ist weiterhin Gerhard Häusler. Beisitzer im Vorstand sind Sabine



V. l.: Gerald Arnold, Sabine Wölfer, Michael Horstmann, Gerhard Häusler, Dirk Melzer, die Stellvertreter Evelyn Hübner und Alfred Kautz fehlen.

Wölfer, Dirk Melzer und Gerald Arnold. Zum Rechnungsprüfer

bestellt wurde Uwe Sellnow.

Unter dem neuen Vorsitzenden

möchte die MIT Magdeburg verstärkt den wertgebenden Netzwerkgedanken unter den mittelständischen Unternehmen der Landeshauptstadt und der Region Magdeburg etablieren. Dabei sollen gute Traditionen durchaus gepflegt werden. Dazu gehört nach Ansicht von Michael Horstmann auch das gesellige Miteinander, wie z.B. das MIT-Grünkohlessen am 14. November. Die nächste Mitgliederversammlung der MIT Magdeburg ist für Anfang Dezember geplant. Thematisch soll es dann um die Deckung des Fachkräftebedarfes des Magdeburger Mittelstandes gehen.

Doris Memmler

CDU-Kreisgeschäftsführerin

Gesetz zur besseren Dopingbekämpfung zugestimmt

Der Sportausschuss hat vor kurzem dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport mit den Stimmen der Regierungskoalition angenommen. Keine Mehrheit hingegen fanden Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Bekämpfung des Dopings im Sport. Der Regierungsentwurf wird im Plenum abgestimmt. Er sieht vor, kriminelle Netzwerke im Bereich des Handels und der Abgabe von Dopingsubstanzen wirksamer zu bekämpfen.

So werde künftig eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren für banden- und gewerbsmäßiges Vorgehen zu Herstellung oder Vertrieb von Dopingpräparaten, geeigneten Arzneimitteln oder gefälschten Medikamenten verhängt werden können. Strafbar macht sich laut Entwurf derjenige, dem der Besitz "nicht geringer Mengen" von Dopingsubstanzen nachgewiesen werden kann. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Christoph Bergner (CDU), sieht in dem Gesetz eine "angemessene Antwort auf die Herausforderungen des Dopings". Das Ende eines langen Prozesses, bei dem man immer wieder den Schulterchluss mit dem organisierten Sport gesucht habe, sei erreicht. Klaus Riegert (CDU) begrüßte den Entwurf und erteilte gleichzeitig der Forderung von Bündnis 90/Die Grünen eine Absage, den Straftatbestand "Sportbe-

trug" zu schaffen. Die letzte Expertenanhörung vor dem Ausschuss habe deutlich gemacht, dass dies neben verfassungsrechtlichen Problemen auch praktische Umsetzungsschwierigkeiten schaffe. Riegert bezog sich auf den Frankfurter Oberstaatsanwalt David R. Kirkpatrick, der den Straftatbestand als "nicht praktikabel" bezeichnet hatte. Kein Richter, so Kirkpatrick vor dem Ausschuss, werde für die zur Diskussion stehenden Vergehen eine Freiheitsstrafe verhängen, zu erwarten sei bei Ersttätern allenfalls eine kleine Geldstrafe.

Kritik an der Opposition äußerte Dagmar Freitag (SPD). Es sei wenig Konkretes zu hören gewesen, sagte sie. In der Frage der Besitzstrafbarkeit habe es bei Bündnis90/Die Grünen keine klare Übereinstimmung gegeben. Auch sie hätte sich die eine oder andere kleine Änderung vorstellen können, sagte Freitag. Bei aller Kritik bleibe jedoch festzuhalten: das vorliegende Gesetz bringe den Kampf gegen Doping weiter voran. Dettel Parr (FDP) kritisierte fehlende Mittel für die Anti-Doping-Forschung. Zu begrüßen sei hingegen, dass der Straftatbestand des Sportbetruges ebenso wenig im Gesetz vorgesehen sei, wie die Möglichkeit der Telekommunikationsüberwachung. Katrin Kunert (Die Linke) sieht Dopingprobleme nicht nur im Spitzensport. Drogenmissbrauch nehme auch außerhalb des Leistungssports zu. Daher gelte es

einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu finden. Von einem "Anti-Dealing-Gesetz" sprach Winfried Herrmann (Bündnis 90/Die Grünen). Er könne nur "Kleinstkorrekturen" am geltenden Arzneimittelgesetz erkennen. Der dopende Athlet wer-

de weiterhin nicht belangt, kritisierte er. Der Regierungskoalition warf er vor, trotz vieler scharfer Reden und Interviews schlussendlich zu wenig Mut zu einem wirklichen Anti-Doping-Gesetz gehabt zu haben.

Bernd Heynemann, MdB



Josephine Schirmer verbrachte ein erlebnisreiches Jahr als Austauschschülerin in Indiana. Die Redaktion erreichte ihr Erlebnisbericht, den wir in Auszügen hier veröffentlichen: "Hallo liebe Leser des Elbkuriers, am 23. Juni 2007 bin ich aus den Vereinigten Staaten von Amerika zurückgekehrt. Ich möchte Ihnen nun über mein erlebnisreiches Jahr in Bloomington, Indiana berichten.

Als ich am 10. August 2006 in das Flugzeug, das mich ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten bringen sollte, einstieg, stieg ich mit gemischten Gefühlen ein. Ich wusste nicht so recht, ob meine Gastfamilie so nett ist wie sie scheint oder ob ich Freunde in der Schule finden würde. Aber als mich zwei Tage später mein Gastvater und meine Gastschwester am Flughafen in Indianapolis empfingen, wusste ich, es wird doch nicht so schlimm.

... Im Oktober fing die Schwimmsaison an und am 9. November hatte ich meinen ersten amerikanischen Schwimmwettkampf und muss sagen, es war so wie man es sich vorstellt. Das Team stellt sich in einer Reihe auf, legt die Hand aufs Herz, sieht zur US-Flagge und singt die amerikanische Nationalhymne. An meinem Geburtstag haben ein paar Freunde, als ich geschwommen bin, eine große Deutschlandfahne hochgehalten und haben mich angefeuert. ...

Ich bedanke mich nochmals bei Herrn Heynemann für diese tolle Möglichkeit, als Schülerin in die USA zu reisen und dass ich so viel erleben durfte.

Josephine Schirmer"

Perlenhochzeit / Magdeburgerinnen im FU-Landesvorstand

Vor einigen Wochen feierten Eva und Hinderk Wybrands in der Orangerie des Elbauenparks ihre Perlenhochzeit (30jähriges Ehejubiläum). Dazu hatten die studierte Lehrerin und engagierte CDU-Politikerin, sie ist u.a. Mitglied im Bundesvorstand der CDU, und der Direktor am Amtsgericht in Schönebeck mehr als 80 Personen eingeladen. Alle Gäste haben das Jubelpaar eine Strecke ihres gemeinsamen Lebensweges begleitet. Großen Anteil an dem Gelingen dieser Feier hatten natürlich die beiden Töchter Imke und Geeske, ihre Familien, viele Freunde und Bekannte, die die Eheleute durch ihre vielerlei ehrenamtliche Arbeit kennenlernten. Seit des gemeinsamen Besuchs am Gymnasiums kennt und liebt sich das Perlenhochzeitspaar. Nach dem erfolgreichen Studium



Das Perlenpaar mit den Töchtern Imke und Geeske Wybrands. Foto: Krull

und ersten Berufsjahren zog die Familie Anfang der 90iger Jahre nach Magdeburg, um sich gemeinsam neuen Herausforderungen zu stellen.

Die Schwester der Jubelbraut gab durch ihren sehr persönlichen Vortrag den Anwesenden viele inter-

essante Einblicke in das Leben des Jubelpaares.

Aus Anlass dieser Feier hatte der BWL-Student Tino Hänke, der nebenbei in einem großen Magdeburger Kaffee arbeitet, einen Cocktail mit dem passenden Titel "La Perla" kreiert. Der Cocktail wur-

de nicht nur aus Sekt und O-Saft hergestellt, die weiteren geheimen Ingredienzien rundeten diesen Drink ab, der natürlich dem Brautpaar als auch seinen Gästen hervorragend mundete. Mögen dem Ehepaar Wybrands noch viele glückliche gemeinsame Jahre geschenkt werden.

Eva Wybrands wurde kurze Zeit später erneut zur Landesvorsitzenden der Frauen Union gewählt. Mit Sabine Wölfer, sie erreichte übrigens das beste Wahlergebnis aller Beisitzerinnen, und Evelyn Hübner als Schriffführerin sind die Magdeburger CDU-Frauen wieder stark in diesem Gremium vertreten.

Allen Gewählten herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg bei ihren Amtsgeschäften.

Bärbel Bühnemann

Herzliche Glückwünsche

August

Josef Danisch zum 92. Geburtstag
Günter Wedler zum 78. Geburtstag
Rudolf Evers zum 74. Geburtstag

Dr. Klaus Mildner zum 69. Geburtstag
Johannes Rink zum 66. Geburtstag
Gerd Haese zum 65. Geburtstag
Elke Siebert zum 65. Geburtstag

September

Elisabeth Brandt zum 87. Geburtstag
Helmut Trebs zum 86. Geburtstag
Luzie Kreutzer 85. Geburtstag

Dr. Alfred Jumar zum 83. Geburtstag
Dieter Scholz zum 78. Geburtstag
Josef Jirka zum 74. Geburtstag

Rolf Gärtner zum 72. Geburtstag
Klaus Köhler zum 67. Geburtstag
Erhard Stenzel zum 66. Geburtstag
Eckhard Greger zum 66. Geburtstag
Hans-Henning Lange zum 66. Geburtstag
Bernhard Rautmann zum 65. Geburtstag
Magda Manns zum 65. Geburtstag

Oktober

Alfons Winter zum 82. Geburtstag
Günter Schwenke zum 79. Geburtstag
Walter Remmers zum 74. Geburtstag

Hans-Dieter Haake zum 70. Geburtstag
Horst Luding zum 70. Geburtstag
Adolf Kirschner zum 69. Geburtstag

Prof. Dr. Dieter Krause zum 68. Geburtstag
Horst Seifert zum 68. Geburtstag
Rolf Frommhagen zum 65. Geburtstag

November

Margarete Haunschild zum 86. Geburtstag
Ursula Sens-Schönfelder zum 81. Geburtstag
Heinz Liese zum 77. Geburtstag

Eva-Margret Fritsche zum 75. Geburtstag
Roman Krajinski zum 69. Geburtstag
Wilfried Bautz zum 69. Geburtstag
Erika Erndt zum 68. Geburtstag
Rolf Bodenbug zum 65. Geburtstag

Abwanderung aus den neuen Ländern muss gestoppt werden!

Schweriner Volkszeitung: Frau Bundeskanzlerin, 17 Jahre Deutsche Einheit und keine blühenden Landschaften, oder doch? Was ist aus Ihrer Sicht beim Zusammenwachsen Deutschlands gelungen, was nicht?

Angela Merkel: Hin und wieder sollten wir uns doch einmal an die Ausgangslage erinnern. Die DDR stand 1989, wie sie selbst einräumen musste, kurz vor dem wirtschaftlichen Aus. Die Produktivität lag bei einem Drittel des westdeutschen Niveaus. Es gab eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit. Die Umweltbelastungen waren enorm. Viele Innenstädte zerfielen, weil kein Geld für die Sanierung der Altbausubstanz da war. Vor diesem Hintergrund können die Leistungen der vergangenen 17 Jahre nicht hoch genug bewertet werden - vor allem die Leistungen der Menschen, die tatkräftig zugepackt und die Chancen der Freiheit genutzt haben. Heute sind die neuen Länder Standorte, die für Investoren aus aller Welt attraktiv sind. Ein ausgezeichnetes Straßennetz, Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecken, Tunnel, Flughäfen, neue Wasserwege sowie Breitband-Daten-Highways haben sie wettbewerbsfähig gemacht. Umweltgefahren sind beseitigt. Aus einer Region am Rande des Kollaps wurde eine Region mit Zukunft. Unsere Förderstrategie "Stärken stärken" zeigt Wirkung. In den neuen Ländern ist der Aufschwung sogar etwas kräftiger als in den alten. Erstmals steigt wieder die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Allerdings fehlen



"Aus einer Region am Rande des Kollaps wurde eine Region mit Zukunft." Damit sieht Kanzlerin Merkel die neuen Bundesländer trotz aller noch bestehender Probleme auf den richtigen Weg.
Foto: CDU

immer noch Arbeits- und Ausbildungsplätze. Es müssen mehr Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten entstehen. Dadurch lässt sich auch die Abwanderung junger Leute stoppen. Deshalb dürfen wir beim Aufbau Ost nicht nachlassen.

Schweriner Volkszeitung: Politiker interpretieren gelegentlich, dass es den Osten nicht mehr gebe, sondern Unterschiede zwischen Bundesländern, ob Ost, West, Nord oder Süd normal seien. Dennoch, sieht man die Wirtschaftsstatistiken, so sind Unterschiede zwischen den neuen Ländern und den alten Bundesländern nach wie vor vorhanden. Was sollte gepflegt, was muss überwunden werden?

Merkel: In weiten Teilen Ostdeutschlands gibt es immer noch einen nicht zu bestreitenden strukturellen Nachholbedarf. Es fehlen größere Unternehmen mit eigenen Forschungsabteilungen, die Netzwerk und Clusterbildungen sind noch zu gering. Dass

sich die einzelnen Regionen sehr unterschiedlich entwickeln würden, war aber ebenso zu erwarten, wie sich auch die westdeutschen Regionen in den vergangenen 60 Jahren unterschiedlich entwickelt haben. Bayern, um nur ein Beispiel zu nennen, war jahrzehntelang ein Land, das von den anderen Ländern unterstützt werden musste. Heute ist es eines der größten Geberländer. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch in

den neuen Ländern eine positive Entwicklung haben werden.

Schweriner Volkszeitung: Schuldenabbau, Wirtschaftswachstum, Debatten um die Verlängerung der Investitionszulage - wie werden die neuen Länder überlebensfähig ohne Dauersubventionen vom Bund? Und bis wann wird das noch dauern?

Merkel: Wir brauchen weitere Fortschritte beim Aufbau Ost. Wir müssen die Arbeitslosigkeit und vor allen Dingen die Abwanderung aus den neuen Ländern stoppen. Deshalb müssen wir den Ländern, wo immer es möglich ist, mehr Freiheiten geben, um mit den Geldern, die durch den Solidarpaket zur Verfügung stehen, möglichst viele sinnvolle Investitionen zu tätigen. Der Solidarpaket II ist das zentrale Förderinstrument. Er läuft bis 2019. Es kommt darauf an, dass durch diese Mittel viele private Investitionen angestoßen werden. Vielerorts ist das in den vergangenen Jahren ja schon hervorragend gelungen. Jetzt müssen wir diesen Weg konsequent weitergehen. *Schweriner Volkszeitung*

Sichern Sie sich noch einen Termin für Ihre silb'volle Weihnachtsfeier in gemütlicher Atmosphäre.

Tel. 0391 535 59 07

39120 Magdeburg · Schilfbreite 3
vorab erreichbar unter:
Funk 0173 / 355 72 02 und 0172 / 343 11 06
www.harzdruck.de · info@harzdruck.de

GRAFIKDESIGN Satz Vorstufe
DRUCK Weiterverarbeitung LOGISTIK

Bundesweiter Vorlese- tag am 23.11. - CDU- Abgeordnete sind dabei

In den Vorjahren waren die Landtagsabgeordneten der CDU im Rahmen der Aktion "Leseland" auch in mehreren Schulen und Kindereinrichtungen der Landeshauptstadt zum Vorlesen. Deshalb ist es nur logisch, dass sich die Abgeordneten Jürgen Scharf und Wigbert Schwenke sowie der Bundestagsabgeordnete Bernd Heynemann am 23. November am bundesweiten Vorlesetag der "Stiftung LESEN" beteiligen.

Nach Angaben der Einrichtung lesen heutzutage zwei von drei Eltern ihren Kindern nichts mehr vor, obwohl diese im "besten Vorlesealter" sind. Um den Kindern Freude am Lesen zu vermitteln, möchte die "Stiftung LESEN" deshalb mit dem bundesweiten Vorlesetag und anderen Aktionen Aufmerksamkeit wecken.

Diese Initiative wollen unsere Abgeordneten unterstützen und machen deshalb Kindereinrichtungen, Grundschulen oder Horten das Angebot, sie am 23. November zum Vorlesen einzuladen.

Interessenten wenden sich bitte direkt an den CDU-Kreisverband Magdeburg, Tel. (0391) 2549812.

CDU-Ball

Einladung.

zum CDU-Ball am
10. November ab 19:00 Uhr
im Maritim-Hotel.



Etablierte Firmen unterstützen Gründer



Baute mit Mut und Beharrlichkeit eine erfolgreiche Firmengruppe auf: Dirk Melzer, hier mit Mitarbeiterin Susann Maschke. Fotos: Thomas Nawrath

Obwohl erst 35 Jahre alt, ist Dirk Melzer nun schon seit 14 Jahren selbstständig. Mit Elektro-Installationen fing alles an, eine Baufirma kam hinzu. Mittlerweile zählen sechs Firmen mit rund 60 Mitarbeitern zur Melzer-Unternehmensgruppe. Da ist immer viel zu tun. Doch ein Projekt trieb den CDU-Mann in den vergangenen Monaten besonders um: NICO 6 (www.Nico6.de). Was wie eine angesagte Disko klingt ist dabei, sich zu einem "Brutkasten" für Unternehmensgründer und kleine Firmen in der Magdeburger Neustadt zu etablieren, nämlich am Nicolaipplatz, Hausnummer 6. Deshalb auch NICO 6.

"Gründerzentren gibt es ja einige", erzählt Dirk Melzer. Meistens erhalten Jungunternehmer dort Büro- und Gewerbefläche zu verbilligten Mieten. Manchmal gibt es auch noch Beratungen zu Fördergeldern oder ein Existenzgründer-Seminar. "Doch damit hört die Betreuung in der Regel schon auf", so Melzer. Und so müssen sich die Firmengründer nicht nur um Kunden und verlässliche Lieferanten bemühen, sondern auch alle Büroarbeit selbst erledigen und sich in Gesetzen und Verordnungen bestens auskennen. Und natürlich hat jedes Einzelbüro ein eigenes Bad, einen separaten Besprechungsraum, Teeküche und einen modernen Kopierer mit vielen Zusatzfunktionen.

"Dabei braucht eine kleine Firma das alles nur gelegentlich. Die hohen Kosten sind unnötig",

ergänzt Michael Horstmann vom Institut für Marktwirtschaft (IMA), der gemeinsam mit Dirk Melzer die Grundidee für NICO 6 entwickelt hat. "Unser Konzept ist es, kleinteilige Büros zu schaffen, die auch ohne Subventionen für Existenzgründer und Kleinstunternehmen erschwinglich sind", erläutert Dirk Melzer. Empfang, Sekretariat, professionelle Kopiermöglichkeiten, Teeküche, Toiletten und Besprechungsräume werden hingegen vom Haus für alle Nutzer vorgehalten. So entstehen auch ganz neue Formen der Begegnung und des Austauschs der Unternehmer. "Man trifft sich ganz ungezwungen beim Kaffee oder am Kopierer. Da kann



Bürogemeinschaft in Magdeburg-Neustadt am Nicolaipplatz 6.

ich mir mal schnell Rat holen beim Anwalt oder Steuerberater, bevor ich mich auf teure Verfahren einlasse", so Horstmann.

NICO 6 war 1840 als Rathaus für die Magdeburger Neustadt entstanden, später war in dem 3-stöckigen

Gebäude das Sozialamt untergebracht. Doch ab 2004 stand das Haus leer und drohte zu verfallen. Im Jahre 2007 übernahm die Melzer-Unternehmensgruppe das Objekt und begann mit einer umfassenden Sanierung. So konnten bereits im August die ersten Gewerbetriebe einziehen. Mittlerweile sind etwa 85% der rund 800 Quadratmeter Gebäudeflächen vermietet. Neben Melzers eigenen Firmen sind nun 12 Fremdfirmen eingezogen. Das Konzept scheint aufzugehen, denn nach 3 Monaten sind nur noch fünf Büros frei - von 12 bis 40 Quadratmeter.

So tummeln sich mittlerweile neben einigen Baufirmen auch ein Immobilienbüro, Anwälte, ein Ingenieurbüro, ein Kosmetikstudio, eine Reinigungsfirma, ein Steuerberater, eine Internetfirma und eine Grafikerin. Und Mitte November sind zudem der Konferenz- und Veranstaltungssaal sowie ein rustikales Restaurant fertig. "Das wird besonders schön", gerät Dirk Melzer ins Schwärmen, während er den Gast durch die historischen Gewölbe führt. Im Sommer soll im Garten auch noch ein gemütlicher Biergarten eröffnen. So gibt es für die Gewerbetriebe im NICO 6 eigentlich keinen Grund mehr, tagsüber das Haus zu verlassen. "Und wenn man doch zu Kundengesprächen

oder Einkäufen außer Haus ist, dann nimmt unsere freundliche Mitarbeiterin am Empfang die Paketlieferungen an und alle eingehenden Telefonate werden im Sekretariat entgegen genommen", ergänzt Dirk Melzer.

Thomas Nawrath

Gebürtiger Magdeburger weist den Weg über den Atlantik

New York, New York, die Sendung von Peter von Zahn und den damals geschilderten American Way of Life habe ich bis heute nicht vergessen. Ebenso klingt mir die Melodie des Liedes "New York, New York" bis heute im Ohr. Jahrzehnte war das für uns Magdeburger eine unerreichbare Welt. Auch nach dem Fall der Mauer hatte ich zuerst andere Ziele und so hatte ich ein Gefühl der Freude, als mich die CDU-Ratsfraktion als ihren Vertreter nach New York zur 50. Steuben-Parade entsandte.

Die Delegation mit Stadträten und Verwaltung wurde vom Oberbürgermeister Trümper geleitet. Am 13. September ging es dann los. Nachmittags gegen 3.00 Uhr New Yorker Zeit landeten wir. Nach dem Transfer, verbunden mit einigen Verständigungsschwierigkeiten, erreichte ich unser Hotel. Der erste Tag, durch die Zeitverschiebung 30 Stunden lang, war absolviert.

Am nächsten Tag war dann zur Vorbereitung der Steuben-Parade ein Empfang beim Bürgermeister

von New York in der City Hall (Rathaus) geplant. Das verlief allerdings etwas anders als ich es mir vorstellte. Der Empfang war auf einer Bühne im Park vor der City Hall mit einer Mischung aus Karneval- und Trachtenatmosphäre. Wir waren dann die 25. Gruppe, die dem Vize-Bürgermeister von New York City die Grüße aus Magdeburg, der Geburtsstadt Steubens überbrachten. Unser Oberbürgermeister stellte

unsere Stadt vor. Wir fünf Stadträte machten uns dann auf Erkundungstour durch Downtown, dem unteren Manhattan. Vieles erkannte ich durch einen Bildband aus den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts.

Später standen wir am ehemaligen World Trade Center, dem heutigen Ground Zero. Schrecklich, was da 2001 passierte und wie viele unschuldige Menschen den Tod fanden. Die Arbeiten dort dauern noch an.

Zum Abschluss des Tages gab es

Shirts von Magdeburg versorgt und das Saxen-Anhalt-Orchester stimmte uns und die Umgebung mit ihren Melodien ein. Nach zwei Stunden Wartezeit waren wir zur Parade auf der Fifth Avenue. Eine fröhliche Atmosphäre, durch das offensive Auftreten des Orchesters animiert, begleitete uns etwa zwei Kilometer lang. Durch den plötzlichen Ruf "Ottersleben grüßt Magdeburg" vom Straßenrand fühlte ich mich fast wie zu Hause. Am Ende waren wir glücklich, so gut als

sehr. Nach einem Tag ohne offizielle Termine war dann am Montag ein Besuch im Goethe-Institut angesagt. Dort wurden Möglichkeiten eruiert, die Verbindung zwischen Magdeburg und New York zu intensivieren. Für den Nachmittag war der Besuch der Deutschen Handelskammer terminiert, hier waren vor allem die Anbahnung entsprechender Wirtschaftskontakte das Ziel.

An diesem Tag sind wir auch über die Brooklyn Bridge gelaufen. Diese Brücke ist von einem Mann

aus dem heutigen Sachsen-Anhalt gebaut worden.

Am Abend war das einzige gemeinsame Abendessen mit Oberbürgermeister, Stadträten und Verwaltung angesetzt.

Nach dem Ende der Reise war ich froh wieder in Old Ottersleben zu sein.

Fazit der Reise: Ein riesengroßes Erlebnis, Eindrücke, auch bei New Yorkern, die ich kennen lernen durfte, ohne sie namentlich zu kennen. New York mit seinen



Am 15. September befand sich Manhattan in deutscher Hand. Grund dafür war die alljährliche Steuben-Parade in New York City. Fast eine Millionen Menschen begrüßten die farbenfrohen Umzugswagen, bunte Trachten, Chöre, Tanzformationen, Musikbands, Würdenträger und zahlreichen kulturelle Vereine. CDU-Stadtrat Eberhard Seifert vertrat seine Heimatstadt Magdeburg in New York City bei der Steuben-Parade, hier im Bild, ist er bei der Besichtigung der Innenstadt zu sehen. Foto: privat

einen Empfang in einem Hotel an der Fifth Avenue. Dieser festliche Empfang war zur Vorbereitung der Steuben-Parade organisiert und als Redner waren Henry Kissinger und Helmut Kohl vorgesehen. Leider musste Letztgenannter aus gesundheitlichen Gründen absagen.

Am Sonnabend war der Höhepunkt: die Steuben-Parade. Die Magdeburger Delegation stellte sich in einer Seitenstraße der Fifth Avenue auf, wurde mit T-

Magdeburger in New York City angekommen zu sein.

Im Central Park hatte ich dann noch ein Erlebnis als mich eine Frau ansprach, die in unserer Stadt geboren war, seit 1952 aber in den Staaten wohnt.

Am Ende des Tages gingen wir fünf Stadträte zur Grand Central Station, einem großartigen Bahnhof aus dem 19. Jahrhundert. Ein so prachtvoll gehaltener Bahnhof, totale Sauberkeit und kein Graffiti, das beeindruckte uns

10 Millionen Einwohnern ist eine total saubere Stadt, es gibt keine Graffiti und die Menschen sind freundlich, aber hektisch. New York ist eben New York. Es bleibt zu hoffen, dass sich aus dieser Reise auch Chancen für einen lebendigen Austausch zwischen unseren Städten und ihren Menschen ergibt.

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion, ich denke, ich habe die CDU gut vertreten.

Eberhard Seifert, CDU-Stadtrat

Unsere Energiepolitik: SICHER - SAUBER - SOZIAL

Verlässliche Rahmenbedingungen für die Energieversorgung sind eine Kernaufgabe von Staat und Politik. Im Zusammenspiel mit der Energiewirtschaft muss sicher gestellt sein, dass ausreichend Energie zu wirtschaftlichen Konditionen jederzeit verfügbar ist. Ebenso müssen Umweltschäden vermieden werden, die oft mit hohen sozialen Folgekosten verbunden sind.

Die Federführung für die deutsche Energiepolitik hat der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Wegen vielfältiger Wirkungen bestehen auch Zuständigkeiten in der Umwelt-, Verkehrs-, Bau-, Forschungs-, Verbraucher-, Europa-, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Eine integrierte energiepolitische Strategie wird immer wichtiger.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hinaus ein Gesamtkonzept bis 2020 zu entwickeln. Dazu wollen wir aktiv beitragen. Unser Beitrag soll Zerrbildern standhalten, indem wir auf ausgewogene Bewertungen setzen. Es gehört zu unserem besonderen Profil, alle Optionen zu prüfen und zielorientierte und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln. Dadurch wirken wir konstruktiv an einer maßgeschneiderten Energiepolitik für Deutschland mit.

Energiewirtschaftliche Lage

Die Herausforderungen sind groß. Energiekosten und Versorgungsrisiken steigen weltweit. Der globale Energiebedarf nimmt wachstums- und bevölkerungsbedingt bis zum Jahr 2030 um die Hälfte zu. Die Öl- und Gasvorräte konzentrieren sich auf Regionen, deren politische und wirtschaftliche Stabilität in Betracht gezogen werden muss.

Instrumentalisierungen aus nationalstaatlichem Interesse treten auf, geostrategische Versorgungsfragen gewinnen an Bedeutung. Der deutsche Energieverbrauch ist vom Wirtschaftswachstum weitgehend entkoppelt. Der Anteil am weltweiten Energieverbrauch von heute fast 4

Prozent wird bis 2030 auf etwa 2 Prozent sinken. Damit sinkt die Nachfragemacht, zumal die Importabhängigkeit weiter anwächst.

Die Importquote von Erdöl liegt schon jetzt bei 97 Prozent, die von Gas bei 84 Prozent. Der Beitrag der GUS-Länder bzw. Russlands zur deutschen Energieversorgung beträgt beim Erdöl 41 Prozent, beim Gas 37 Prozent, bei Uran 19 Prozent und bei der Steinkohle 8 Prozent. Die Konzentration von Lieferquellen erhöht die Abhängigkeit zusätzlich.

Der globale Verbrauchsanstieg geht einher mit wachsenden Umweltbelastungen. Die Mehrzahl der wissenschaftlichen Studien prognostiziert aufgrund des Ausstoßes von Treibhausgasen eine Erderwärmung mit massiven Umweltschäden. Um gegenzusteuern, haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU im März 2007 auf ehrgeizige Ziele verständigt. Bis zum Jahr 2020 sollen der Ausstoß von Kohlendioxid um mindestens 20 Prozent reduziert, die Energieeffizienz um 20 Prozent erhöht und 20 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs durch regenerative Energieträger abgedeckt werden. Diese Durchschnittsziele werden nach Mitgliedstaaten ausdifferenziert.

Leitprinzipien unserer Energiepolitik

A. Der Mensch im Mittelpunkt

Zur Bewältigung auch der energiepolitischen Herausforderungen stellt die Union den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger steigen die Wohnneben- und Mobilitätskosten unverhältnismäßig an. Besonders in kalten Wintern tritt immer mehr mangelnde Sozialverträglichkeit auf. Dies beruht auch auf dem erheblich angestiegenen Staatsanteil an den Energiekosten. Beim Strom liegt er mittlerweile bei 40 Prozent. Gleichzeitig werden Umweltbelastungen wahrnehmbarer und bilden für die nachfolgenden Generationen große Lasten auf. In der energieintensiven Wirtschaft wächst die Gefahr von Arbeitsplatz- und Standortverlage-

CDU-Kreisverband Magdeburg · 39104 Magdeburg · Försterwallstraße 17



rungen. In dieser Gemengelage sind für uns sozial- und standortverträgliche Energiepreise Richtschnur.

B. Ein dreidimensionales Koordinatensystem dient der Orientierung

Unsere Energiepolitik richtet sich an einem dreidimensionalen Koordinatensystem aus. Neben Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit ist uns sichere und umweltverträgliche Energieversorgung wichtig. Bei eindimensionalem Vorgehen käme es zu Verzerrungen im Gesamtsystem. Die von uns unterstützte gleichmäßige Entwicklung entlang der drei Achsen wird durch vier energiepolitische Querschnittsaufgaben besonders gefördert: Mehr Wettbewerb, mehr Energieeffizienz, intensiviert Energieforschung und zielgerichtete Energieaußenpolitik. Überdies erfordert unser Koordinatensystem einen breiten Energiemix: Kein Energieträger wird allen Variablen gleichzeitig gerecht, aber jeder einzelne hat Vorzüge gegenüber den anderen.

C. Marktkonforme und verlässliche Maßnahmen ergreifen

Politik darf nicht bevormunden. Sie muss dafür sorgen, dass Wirtschaft und private Haushalte ihre Entscheidungen eigenverantwortlich treffen können. Deshalb wollen wir ein Minimum an Ordnungsrecht. Wir bevorzugen einen klaren Ordnungsrahmen, dessen Ausfüllung Wirtschaft und Privatverbrauchern vorbehalten bleibt. Unser Leitbild sind marktwirtschaftliche Ansätze, die Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen. Der faire Wettbewerb führt zu Fortschritten unter realen Bedingungen. Da Wettbewerb über Regeln hinaus auch Wettbewer-

ber erfordert, bedarf es der besonderen Rücksicht auf mittelständische und kommunale Strukturen. Ebenso berücksichtigen wir, dass energiewirtschaftliche Investitionen kostenintensiv sind und einen langen Lebenszyklus aufweisen. Kurzfristige politische Vorgaben erzielen keine raschen Wirkungen, sondern führen zur abrupten Erosion der Investitionsbedingungen. Wir wollen behutsame und berechenbare Energiepolitik, die vorausschauend handelt und ihre Vorgaben mit den Investitionszyklen am Markt synchronisiert. Wir halten es für angemessen, dass die Bundesregierung ein energiepolitisches Gesamtkonzept für den Zeitraum bis 2020 wickelt, wollen aber auch Perspektiven über diesen Zeithorizont hinaus aufzeigen.

D. Budgetrestriktion einhalten

Die staatliche Budgetrestriktion gilt auch für die Energiepolitik. Statt Dauersubventionen wollen wir Markteinführungsbeihilfen, die degressiv, zeitlich befristet und wettbewerbsneutral sind. Im Mittelpunkt muss Stärkung von Forschung und Entwicklung stehen. Sobald technische und ökonomische Marktreife sowie gesellschaftliche Akzeptanz hergestellt sind, bedarf es keiner weiteren Förderung. Unser Ziel ist es, einen sich selbst tragenden, langfristigen Investitionszyklus entlang den Achsen unseres Koordinatensystems auszulösen.

Weitere Informationen finden sie auf der Internetseite www.cduc-su.de unter dem Link "SICHER - SAUBER - SOZIAL Die drei Dimensionen der Energiepolitik".

Auszug aus dem Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Beschluss vom 9.10.2007